



Verzweifelt russenähnlich: Vopos in neuen Uniformen

DDR sollten durch die unerwartet pompöse Demonstration der sowjetischen Anerkennung des mitteldeutschen Teilstaates entkräftet werden: Die Sowjetunion schickt ihr Staatsoberhaupt auf Besuch zu den Leuten, denen Bonn jedwede Couleurfähigkeit abspricht. Neben Schwernik stand bei der Lustgartenparade auf der einen Seite Wilhelm Pieck, auf der anderen eine Zeitlang Hermann Matern, der die Volkskammerdelegation nach Bonn führte.

Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ kommentierte den Schwernik-Besuch: „Wer will nun noch kommen und scheinheilig behaupten, man könne ja nicht wissen, ob die Sowjetregierung den Vereinbarungen zustimmen werde, zu denen die Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik in Verhandlungen mit dem Bonner Bundestag kommen könnten?“

Regierungskreise der Sowjetzone glauben, der politische Schwerpunkt des Besuchs und der Reden habe darin gelegen, daß Moskaus Interesse an einer Regelung der gesamtdeutschen Frage weiter groß sei. Nach dieser Darstellung sei

zwar bei der Vopoparade die östliche Alternative zur Ratifizierung der Westverträge bewußt angedeutet worden (die Vopos waren noch unbewaffnet), doch sei es falsch, den Besuch als nur auf die Sowjetzone abgestellt zu interpretieren.

Die Ratifizierung des Generalvertrages durch den Bundestag werde — nach der Ostberliner Regierungsdarstellung — bereits als derart entscheidend aufgefaßt werden, daß mit der zweiten Serie der „Gegenmaßnahmen“ der Kommunisten zu diesem Zeitpunkt zu rechnen sei, obwohl die restlichen Vertragspartner, wie Frankreich, noch nicht ratifiziert hätten und der Vertrag noch nicht realisiert sei.

Über den genauen Charakter dieser Gegenmaßnahmen lägen der DDR-Regierung jedoch noch keine genauen Anweisungen aus der Moskauer Zentrale vor. Es sei aber so gut wie fest mit der Proklamierung der „Nationalen Streitkräfte“ zu rechnen, um der westlichen Politik der „Einheit durch Stärke“ ein entsprechendes Gewicht entgegenzustellen.

PARTISANEN

Alles für Deutschland

Was woanders „Du kommst wohl vom Mond“ bedeutet, heißt in Hessen: „Du kommst wohl aus Waldmichelbach.“ Sechzehn kurvige Autokilometer sind es von Weinheim an der Bergstraße bis zu diesem auf einer einsamen Odenwaldhöhe gelegenen, 3000 Seelen zählenden und von einem CDU-Bürgermeister regierten Hessenstädtchen, dessen Bewohner noch immer nicht verstehen wollen, daß ihr kleines Waldmichelbach nun in aller Welt berühmt werden soll.

Letztes Wochenende saßen sie immer noch kopfschüttelnd über ihrer Zeitung und lasen ungläubig die Berichte von den angeblichen Partisanen des „Bundes Deutscher Jugend“, die in dem Landhaus von Kammersänger Wagner oben am Ende der Hammeggasse an geheimnisvollen Waffen ausgebildet sein sollten.

Dort, wo das umgebaute Haus des aus Berlin stammenden Kammersängers steht, ist die Hammeggasse nur noch ein steiler Waldweg, der von der Straße aus aber kaum noch als Weg zu erkennen ist, weil er zuerst mitten durch den Hof des Fuhrunternehmers Hofmann führt. Zweihundert Meter über dem Hofmann-Gehöft, gleich hinter dem Anwesen des Bauern Wilhelm Diehm, klebt das schmucke, schneeweiße Häuschen mit dem Vier-Zimmer-Flur, dem geräumigen Giebelgeschoß, den zwei an- und eingebauten Garagen und dem Naturholzzaun drumherum, im Wald versteckt an einem Hang. Die Türen sind verschlossen, die Fenster verhängt, nichts rührt sich dort mehr.

„Hier sind ja alle Woche zwölf bis vierzehn Mann mit Personenwagen oder VW-Bussen heraufgekommen. Aber wenn die hier geschossen hätten, hätte ich das doch irgendwo hören müssen.“ Das schwor noch am letzten Wochenende der Bauer Wilhelm Diehm. Sein Haus steht rund 50 Meter von dem des Kammersängers entfernt.

„Das ist doch glatter Unsinn“, sagte noch am Freitag, zwei Tage nach der Regierungserklärung des hessischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn über den „Technischen Dienst des BDJ“, der Fuhrunternehmer Hofmann weiter unten an der Ecke. „Wo sollen die denn geschossen haben?“

Im Gasthaus von Philipp Lammer am nahen Bahnhof und im Gasthof Röth am Kirchplatz gab es am gleichen Abend keinen einzigen Waldmichelbacher, der nicht derselben Meinung gewesen wäre: „Das stimmt doch alles nicht. Da hätten wir doch etwas gemerkt.“

Bei den Waldmichelbacher Eingeborenen kamen die ersten Zweifel erst auf, als ihnen der SPIEGEL eine Handvoll mehr oder weniger plattgedrückter Kleinkaliberpatronen hinhielt. Sie stammten aus der hinteren Garage des Partisanenhauses.

Die Leute wollten das gar nicht begreifen: „Aber es hieß doch immer, das sei ein Erholungsheim.“ Der Diehm-Wilhelm oben an der Partisanenvilla war zuerst sprachlos, und später sagte er unbeholfen: „Das hätte ich wirklich nicht gedacht. Aber wenn die Leute nach links ausgerichtet gewesen wären, dann hätte ich mich recht daran gestört. Aber so, daß es nach rechts gegangen ist, so laß ich das ruhig gehen. Wenn man so hört, daß das so etwas für den Fall war, daß die Russen uns überlaufen, dann war das doch schließlich alles für Deutschland.“

Zu dieser Zeit lag noch mehr in der neuen Garage an der zum Teil mit Erde



Im Falle X handstreichartig: Partisanenchef Peters, BDJ-Führer Lüth

bedeckten, neu gezogenen Hinterwand des Wagner-Hauses: eine leere Pappschachtel, in der einmal 500 Kleinkaliberpatronen verpackt waren; auf gelbrotem Untergrund stand dort zu lesen:

„Winchester Super Speed, 22 Long Rifle, 50 Long Range Rim Fire Cartridges. Made in USA.“

Ein seltsames Bauwerk ist diese hintere der beiden Garagen. Mit ihrer Länge gäbe sie zwei Personenwagen reichlich Platz, wenn nicht der Boden in der hinteren Garagenhälfte um etwa 30 cm erhöht und mit Sand beworfen wäre. Die Rückwand am äußersten Ende des unverputzten Kellerraumes ist von Geschosseinschlägen deutlich lädiert. Es ist ein waschechter Schießstand, und die im Sande vergrabenen US-Patronen gehören zu der Schall-dämpferpistole, mit der sich die „Ferien-gäste aus Frankfurt“ hier bis in den Sommer hinein heimlich im Scharfschießen übten.

Mit den verschossenen Patronen konfrontiert, versichert der Waldmichelbacher Maurermeister Georg Hering, der die Garage und den darüberliegenden Speise-saal nachträglich anbaute: „Das mit dem verlängerten hinteren Garagenteil war meine eigene Idee, das habe ich aus baulichen Gründen gemacht, damit der Speise-saal von unten Luft hatte.“

Als Hering im April 1951 den Umbau- und Renovierungsauftrag erhielt, hatte der nach München verzogene Kammer-sänger Wagner sein Haus gerade für zwei Jahre, bis zum 1. April 1953, an den in Lorsch bei Bensheim ansässigen Holz-händler Emil Peters vermietet. Emil Peters allerdings ließ sich in Waldmichel-bach nie sehen. Dafür hatten es die Handwerker mit seinem Sohn, dem einstigen zweiten BDJ-Vorsitzenden Erhard Peters, zu tun.

Dem Rechtsanwalt Wilhelm Saeger in Waldmichelbach, der bei der Vermietung des Hauses als Vermittler fungiert hatte, erzählte BDJ-Peters damals, daß er das Waldhaus als Erholungsheim für An-gestellte seiner „Holzgroßhandlung in Neu-Isenburg“ (bei Frankfurt) benutzen wolle.

Statt mit abgekämpften Holzkaufleuten erschien Erhard Peters aber zunächst mit einem Amerikaner, Sterling Garwood, der seine Frau und zwei Söhne gleich mit-brachte und mit Sack und Pack in das frisch polierte Waldhaus zog. „Peters habe ich dann oft mit dem Ami hier hin-aufgehen sehen“, erinnert sich der Fahr-unternehmer noch genau. „Der Ami schien gern zu malen, ich dachte, er sei nur we-gen der Malerei da hinaufgezogen.“

Im Spätsommer 1951 packte der Mr. Garwood seine Möbel wieder zusammen und machte Stellungswechsel ins nahe Odenwald-dorf Steinbach bei Fürth, wo er sich am 1. August von dem Maler Hol-lacher in der Ortsstraße ein zweistöckiges Haus gekauft hatte. „Er war aber nur selten hier, oft hat er hier nur über-nachtet“, wissen die Steinbacher sich zu erinnern.

Daß Garwood so selten zu Hause war, hatte seine Gründe. Manchmal saß er nämlich fortan den ganzen Tag in Peters Waldmichelbacher Waldhaus, um die dort inzwischen eingezogenen erholungsbedürftigen Angestellten der Petersschen Neu-Isenburger Holzgroßhandlung zu betreuen. Zu diesem Zweck hatte er ihnen eine Vier-Millimeter-Schalldämpferpistole samt US-Munition zum Scharfschießen, einen 12-cm-Granatwerfer russischen Fabrikats für den theoretischen Unterricht und da-zu noch Spreng- und Sabotagemittel dort-gelassen.

Niemand ahnte, daß in Maurermeister Herings seltsamer Kellergarage fortan die

Kugeln flogen. Führunternehmer Hof-mann weiß nur: „Ab und zu habe ich hier auch fremde amerikanische Wagen rauf-fahren sehen, aber ich dachte, die führen zur Jagd.“

Fast jeden Sonntag, so sahen es Wald-michelbacher Einwohner, kam ein neuer Schub von zehn bis vierzehn Männern in der Hammergasse an. Meistens führen sie samstags wieder fort, um einer neuen Gruppe Platz zu machen. Mit Pkw und Kleinbussen, die Frankfurter Nummern trugen. Ständig in Waldmichel-bach anwesend waren nur der Haus-meister Kuhn, dessen Frau und der Ein-käufer Landgraf, dazu oft auch BDJ-Mann Erhard Peters.

Sie waren in der Regel auch die ein-zigen, die abends in den Dorfkneipen



Das Pentagon dahinter Patronen in Waldmichelbach

herumsaßen und das Märchen von dem „Holz-Erholungsheim“ verbreiteten. „Das waren aber prima Leute, und die haben immer gleich bezahlt“, berichtet Gastwirt Röth am Kirchplatz. Die Holzangestellten, Offiziersfiguren zwischen 35 und 50, durften indessen meist nur in den Wäldern oberhalb des Waldhauses spazierengehen, wenn sie das Haus verließen.

Ein Bundestagsabgeordneter der CDU CSU erfuhr schon vor längerer Zeit, daß im Partisanenheim von Waldmichelbach ein ehemaliger deutscher Offizier — wahr-scheinlich ein Oberst a. D. — in einem Fememord zu Beginn dieses Jahres umge-legt worden sei, weil ihm von den übrigen Kurssteilnehmern der Vorwurf gemacht wurde, er sei ein Ost-West-Brückenbauer.

Der Bundestagsabgeordnete wurde we-gen dieses ihm mitgeteilten Vorfalls beim Bundesamt für Verfassungsschutz vor-stellig. Dort wurde ihm der Tatbestand bestätigt. Es wurde ihm weiterhin erklärt, die seinerzeit eingeleiteten Untersuchun-gen hätten auf Befehl der Amerikaner eingestellt werden müssen. Die Amerika-ner hätten gesagt, das Gelände, auf dem

sich der Vorfall ereignet habe, sei exterritorial, weil es von Amerikanern beschlag-nahmt bzw. gepachtet sei.

Verschiedene andere Abgeordnete, die ebenfalls von diesem Mord und von der Existenz der Partisanenschule erfahren hatten, gaben seinerzeit schon ihrer Befürchtung Ausdruck, die Auswahl, die für die Teilnehmer der Schulungen getroffen werde, lasse befürchten, die Partisanen würden im Ernstfalle sich in erster Linie gegen „mißliebige“ deutsche Politiker wenden. Das amerikanische Hochkom-missariat gab solchen Darstellungen und Befürchtungen gegenüber damals — etwa im Juni dieses Jahres — die ungefähre Auskunft, daß man die Einrichtung dieser Schule beim Hochkommissariat zwar nicht billige, daß aber hinter ihrer Errichtung Kräfte des Pentagon, des amerikanischen Kriegsministeriums, stünden, gegen die das Hochkommissariat vorerst machtlos sei.

Ein bayrischer Journalist, der die Vor-gänge um den Mord in der Partisanen-schule ebenfalls beim Bundesamt für Ver-fassungsschutz sondierte, erhielt schon im Laufe des Sommers eine Bestätigung der Vorgänge. Man beschwor ihn aber, nichts an die Öffentlichkeit zu bringen.

Für die Zeit ihres Waldmichelbacher Aufenthaltes wurden den „Holzkaufleuten“ die Personalpapiere abgenommen. „Uns kamen die Leute mit den Knobelbechern schon immer komisch vor“, erzählen die Waldmichelbacher Gendarmeriebeamten heute. „Aber da kam man ja nicht ran. Kamen wir nachts in die Nähe des Hauses, dann klaffte sofort ein Schäferhund, und dann ging im Nu ringsum das Licht an.“

Das war im Waldhaus alles wohl durch-dacht. Die Außenwelt sollte es nicht wissen, wenn die Holzgurgäste auf ge-heime Mission gegangen und nicht zu Hause waren. Denn dreimal wurden die Leute im Sommer 1951 auf Lastwagen ver-laden und nach einem Truppenübungsplatz verfrachtet, nach Grafenwöhr.

Noch etliche Kilometer vor Grafenwöhr stiegen sie dabei aus, um zunächst in einem unzugänglichen Waldgelände mit amerika-nischen Drilllichanzügen eingekleidet und falschen Papieren versorgt zu werden. Dreimal machten die Peters-Partisanen dann, amerikanisch angetan, in Grafen-wöhr einen Lehrgang an leichten Infanteriewaffen und in der Handhabung von Sprengmitteln mit.

Die Übungen in Grafenwöhr fielen im Sommer 1952 zwar aus, aber die amerika-nischen Geheimgelder flossen für die deut-schen Zukunftspartisanen — erst hießen sie „Technischer Dienst des BDJ“, dann nur noch „Technischer Dienst“ und schließ-lich nur noch „Organisation“ — auch in diesem Sommer noch weiter. Bis zu 50 000 Mark monatlich.

Auch am vergangenen 1. September wur-den die Gehälter (500 bis 1000 Mark) für die Waldmichelbacher Partisanen-Funk-tionäre noch ausbezahlt. Es sei nicht aus-geschlossen, so glauben deutsche Stellen in Hessen, daß die Amerikaner das Geld auch noch zum 1. Oktober gegeben hätten.

„Aber dann bekam einer der Leute Ge-wissensbisse“, meint Hessens Ministerprä-sident Zinn heute. Am 9. September be-kam Frankfurts politischer Kriminalkom-missar Joseph Ross die ganze Partisanen-geschichte mit einem Mal von A bis Z aufgetischt.

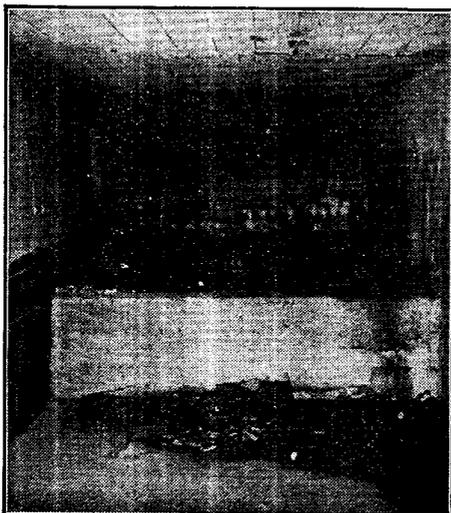
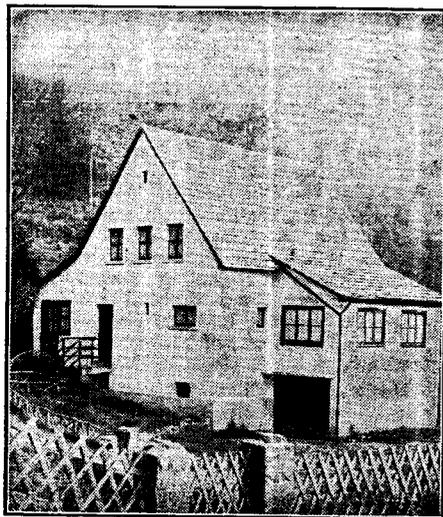
Bundesverfassungsschützer Dr. John saß bei Premier Zinn in der Wiesbadener Staatskanzlei, als die Landes-Kripo am 18. September ihren großen Coup landete. Schlagartig wurden um 17 Uhr die Parti-sänenführer Kaufheld, Friedrich Kleff, Otto Rietdorf und Rudolf Rademacher ver-

haftet. Es waren sämtlich BDJ-Funktionäre. Peters versteckte sich zunächst bei US-Freunden. Garwood war schon einen Monat nicht mehr in Steinbach gesehen worden.

In Waldmichelbach wurden nur noch Einzelteile von Waffen gefunden. Aber in der Neu-Isenburger „Holz-Großhandlung“ des Erhard Peters und in den Wohnungen der verhafteten Funktionäre lagen noch Berge von Material. Darunter auch die Liquidationslisten gegen „unzuverlässige Personen“ aus KPD und SPD.

„Saxer GmbH.“ stand an der Tür zu der Neu-Isenburger „Holz-Großhandlung“. Es war eine Nebenstelle der Firma „Saxer GmbH.“ in Lorsch bei Bensheim, die wiederum als Vertriebsgesellschaft für eine Wormser Sperrholzfabrik gleichen Namens fungierte.

Nur selten aber wurde bei der Neu-Isenburger Außenstelle eine Sperrholzplatte gesehen. Statt dessen diente die Tarn-Holzhandlung „Saxer GmbH.“ als unauffällige Hintertür für den Kurier- und Postverkehr des „Technischen Dienstes“. „Teilhaber“ der Firma war Vater Erwin Peters in Lorsch.



Garwood brachte die Pistole: Partisanenhaus mit Schießstand

Im Frankfurter BDJ-Landesbüro in der Liebigstraße hatten BDJ und „Technischer Dienst“ sogar einen gemeinsamen Postdurchgang.

Frankfurts Oberstaatsanwaltschaft gab den Fall „BDJ-Partisanen“ noch im September an den Oberbundesanwalt Dr. Carl Wiechmann ab. Nachdem ihm aber eine „maßgebliche amtliche deutsche Stelle“ mitgeteilt hatte, daß eine weitere Inhaftierung „nicht notwendig erscheint“, ließ Wiechmann die von der hessischen Kripo Verhafteten am 1. Oktober wieder auf freien Fuß. Premier Zinn meint dazu: „Die einzige rechtliche Erklärung für diese Entlassungen kann für uns nur sein, daß die Leute in Karlsruhe erklärt haben, daß sie im amerikanischen Auftrag tätig waren.“

Am 3. Oktober sprach Bundeskanzler Adenauer mit Hochkommissar Donnelly. Am 7. Oktober sprach Donnelly mit Ollenhauer. Zinn: „Ollenhauer wird ihm da schon gesagt haben, daß wir mit der Sache an die Öffentlichkeit gehen würden.“ Am nächsten Morgen fuhr Donnellys Stellvertreter, Samuel Reber, zu Zinn in die hessische Staatskanzlei. Aber die Regierungserklärung Zinns am Nachmittag, die den ganzen Partisanenkampf publik machte, konnte Reber nicht verhindern.

Nun soll eine Dreier-Kommission mit je einem Vertreter des Landes Hessen, der amerikanischen Hochkommission und des Bundesamtes für Verfassungsschutz Licht in die Waldmichelbacher Walddunkelheit bringen.

In Bonn erklärte der Chef der Sicherheits- und Polizeiabteilung des Bundesinnenministeriums, Dr. Egidi, vor der Presse, Bonn habe auf den SPIEGEL-Artikel „Waffenfunde“ vom 28. November 1951 hin beim bayerischen Innenminister Högner schon eine Untersuchung mysteriöser Partisanenvorbereitungen angeregt.

Der SPIEGEL hatte damals berichtet, wie Leute in amerikanischen Uniformen bei Marktschorgast in Oberfranken und bei Wilhelmsfeld nahe Heidelberg Waffen, Sprengstoffe, Munition und Medikamente vergraben hatten, die später von Deutschen gefunden wurden. In beiden Fällen konnte die deutsche Kriminalpolizei die Untersuchungen über die Herkunft dieser Gegenstände nicht beenden, weil amerikanische Stellen die Akten an sich zogen. Egidi sagte dazu letzte Woche in

Anzahl stationiert sind. Diese sollen dann im Falle X handstreichartig und, wenn nötig, mit Gewalt von für diesen Zweck abgestellten Mitgliedern in Besitz genommen werden und zu den Sammelpunkten der BDJ-Mitglieder in den einzelnen Orten gefahren werden zum Abtransport der Mitglieder zu einem Meldekopf des norddeutschen Raumes in der Lüneburger Heide. Welche Straße zu benutzen ist, um den Meldekopf zu erreichen, wird noch zur rechten Zeit den einzelnen Kreisführern mitgeteilt werden. Vom Meldekopf aus sollen die Mitglieder zum Einsatz kommen.“

„Es soll festgestellt werden, welche Fahrzeuge an den Standorten stationiert sind, um die Beschaffung von Zündschlüsseln zu erleichtern. Benzinvorräte anzulegen, wurde ebenfalls in Erwägung gezogen.“

„Zur reibungslosen Nachrichtenübermittlung sollen nach Möglichkeit die einzelnen Kreisführungen mit Funkgeräten ausgerüstet sein. Eigenbau wurde ange-regt.“

Auch über die Möglichkeit einer Waffenbeschaffung wurden damals konkrete Gespräche geführt.

Schließlich wird der BDJ-Arbeitsplan für 1952 für die kommenden Untersuchungen ein interessantes Dokument werden. „Wir haben sowohl über die KP, FDJ als auch über die Neutralisten aller Schattierungen und die Ohne-uns-Gesundbeter gesiegt“, heißt es dort zunächst zurückschauend, und dann ruft der BDJ sogar zu einem Spitzeldienst innerhalb der noch gar nicht entstandenen neuen deutschen Armee auf:

„Die Mitglieder des BDJ, die zum Wehrdienst einberufen werden, müßten das politische Rückgrat der neuen Truppe werden. Da nach den Meldungen kein Freiwilligenheer aufgestellt wird, sondern eine Art allgemeine Wehrpflicht zustande kommt und da angesichts des hohen Wehruntauglichkeitsgrades etwa jeder vierzigste Deutsche mit der Einberufung zu rechnen hat, ist es klar, daß sehr viele Kommunisten, FDJler und andere Stalin-agenten in dieses deutsche Kontingent einströmen werden. Deshalb haben die BDJler die doppelte Aufgabe,

- ihre Kameraden mit unserem Gedankengut vertraut zu machen, sie über die Notwendigkeit der europäischen Verteidigung aufzuklären, sie also ständig politisch in unserem Sinne zu beeinflussen;

- wachsam zu sein und eingedrungene Bolschewiken zu erkennen und zu entlarven.“

Hinter verschlossenen Türen tagt im ersten Stock des Frankfurter Polizeipräsidiums nun die schon vor Premier Zinns Regierungserklärung geplante deutsch-amerikanische Untersuchungskommission. Ihre erste Aufgabe ist es, herauszufinden, inwieweit amerikanische Offiziere oder Beamte auch von den innenpolitischen Bestrebungen des „Technischen Dienstes“ etwas gewußt haben könnten. Meinte am Samstag ein deutsches Ausschußmitglied: „Daß der Präsident der Vereinigten Staaten nichts davon gewußt hat, ist klar.“

Nichts gewußt, jedenfalls nichts Neuere und Genauere, hat am letzten Wochenende auch der Dr. Egidi vom Bundesinnenministerium. Der Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Dr. John, hatte noch keine Zeit gehabt, sich in Wiesbaden auf dem laufenden zu halten und in Bonn einen Bericht abzugeben.

Er sagt in München als Zeuge im Huppenkothen-Prozeß aus.

Bonn, die betreffenden Fundorte seien als militärisches Gelände gesperrt worden.

Vergeblich versuchte der Chef des „Bundes Deutscher Jugend“, Paul Egon Lüth, bisher, mit langen Dementis davon zu überzeugen, daß der BDJ keine Ahnung von den bundesdeutschen Partisanen gehabt habe. Im Richard-Wagner-Saal des Bonner Bürgerverss sagte er, ein Zeichen für die kühle Atmosphäre zwischen den Amerikanern und dem BDJ sei die Tatsache, daß McCloy sich fast überall mit einem Frühstück verabschiedet habe, nur beim BDJ nicht.

Aber es gibt genügend Dokumente, die dafür zeugen, daß Lüth über die Bestrebungen des amerikanisch finanzierten „Technischen Dienstes“ genau Bescheid wußte.

Schon am 6. April 1952 wurden bei einer Tagung der schleswig-holsteinischen BDJ-Kreisführer in der Hamburger BDJ-Landesgeschäftsstelle, Michaelisstraße 21, vorbereitende Maßnahmen für den Fall eines Einmarsches der Roten Armee in Westdeutschland besprochen. Paul Egon Lüth war dabei.

In dem Bericht eines Teilnehmers heißt es: „Die Kreisführer wurden angewiesen, festzustellen, wo Kraftfahrzeuge in großer

Brasiliens Swing

Westdeutschlands Exporteure lächeln wieder, seit sie informativ erfahren haben: Bundeswirtschaftsminister Erhard wird sich nicht lumpen lassen.

Sie werden die 30 bis 40 Millionen Mark, die sie durch den unrealistischen Handelsvertrag mit Brasilien und durch die Versäumnisse der Bank deutscher Länder einbüßen, nicht allein zu tragen haben.

Bundesfinanzminister Schäffer soll — zu allen anderen Verpflichtungen — auch noch diese Ausfallrechnung begleichen, etwa nach dem Standpunkt: In jedem Unternehmen, das auf sich hält, kommt die Betriebsleitung anstandslos für die Fehler der Angestellten auf und bezahlt den Schaden.

Soviel hat die Allianz der Exportwirtschaft mit den Spitzenverbänden der Industrie und das Telegramm des Präsidenten des Bundesverbandes der deutschen Industrie, Fritz Berg, an Kanzler Adenauer doch eingebracht.

Minister Erhard hat in Brasilien eine Schlacht verloren. Sein Feldgeschrei: „Export ist unser Leben“ klang aus in eine Totensonntags-Pastorale. Die distinguierten Exportkaufleute mit silbernen Krawatten, Homburghüten und Sjetlandmänteln, die noch im vergangenen Jahr das große Brasiliengeschäft machten, schimpften abwechselnd über die Bank deutscher Länder und das Bundeswirtschaftsministerium. („Warum hat man uns nicht rechtzeitig gewarnt?“)

Sie rütteln mit ihrer Kritik an den Stützen des westdeutschen Außenhandelsystems, das sich wegen der weltweiten Dollarknappheit auf 46 bilaterale (zweiseitige) Handels- und Zahlungsabkommen stützt.

Sinn dieser Abkommen ist: Keine harten US-Dollar für ausländische Warenkäufe transferieren zu müssen, sondern in Landeswährung zahlen zu können. Zum Beispiel:

Eine Kleiderfabrik in Porto Alegre, die Nähmaschinen aus Bielefeld bestellt, bezahlt die Rechnung bei ihrer Außenhandelsbank in brasilianischen Cruzeiros, und zwar in Höhe der Kursrelation des Cruzeiros zum US-Dollar, der für beide Handelspartner als fester Verrechnungsfaktor gilt (1 Cruzeiro = 0,055 US-Dollar = 0,231 DM).

Die brasilianische Nationalbank, der Banco do Brasil, meldet den Zahlungseingang dann der Bank deutscher Länder, die als kontenführendes Institut des gegenseitigen Clearings dem Bielefelder Lieferanten seinen Exporterlös in Deutscher Mark auszahlt.

So war es in den guten Zeiten des Brasilien-Geschäfts, als die Industrie ihre Agenten in den warmen Regen am Rio Grande schickte und Minister Erhard sich auf den kommenden Exportgewinn-Überschuß freute.

Brasilien schien das Land der Zukunft zu sein. Dort hatte Finanzminister Horacio Lafer seinen Industriepfad verkündet, der das zurückgebliebene Kaffeeland mit starker planwirtschaftlicher Hand an die Seite der modernen Industriestaaten führen will.

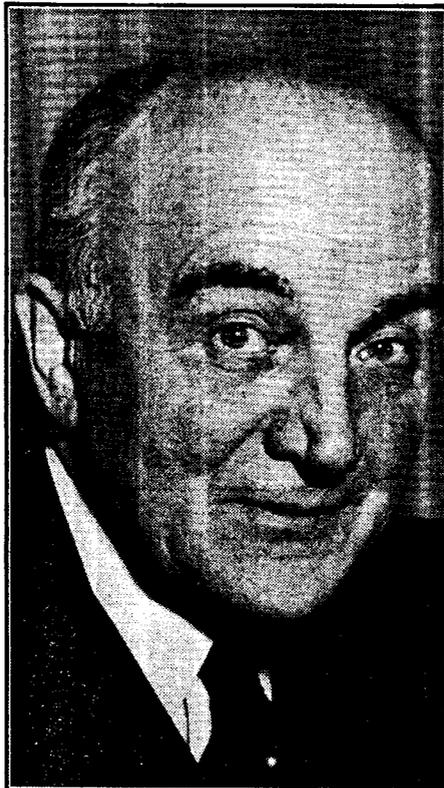
Lafer rechnet mit einem Investitionsprogramm von 10 Milliarden Cruzeiros (eine Summe, die wahrscheinlich von den USA zur Verfügung gestellt wird)*). Alle

*) Das erforderliche Betriebskapital für die neuen Industrieanlagen soll Brasilien selbst aufbringen. Bis 1950 war Brasilien noch das glückliche Land, in dem von 55 Millionen Einwohnern nur 235 600 Personen Einkommensteuer bezahlten. Jetzt soll jeder brasilianische Steuerzahler, dessen Einkommensteuer 10 000 Cruzeiros übersteigt, einen 15prozentigen Zuschlag abführen.

Welt drängte zu Lafer. Da General Motors, Ford und andere amerikanische Unternehmen bereits eigene Werke in Brasilien unterhalten, sahen sich auch der französische Schneider-Konzern, sein traditioneller deutscher Konkurrent, die Friedrich-Krupp-AG, und die deutsche Mannesmann-Gesellschaft nach Dépandancen in Minas Geraes, Sao Paulo und Bello Horizonte um.

Brasilien realisierte 1951 in Westdeutschland Aufträge in Höhe von 470,9 Millionen Mark. Die Bundesrepublik konnte den Brasilianern aber nur für 315,1 Millionen Mark Landesprodukte — Kaffee, Baumwolle, Sisal, Ölsaaten, Häute und Hölzer — abkaufen. (Laut Angaben des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden.)

Hier zeigte sich zum ersten Male die Schwäche des 1950 abgeschlossenen bilateralen Handelsvertrages. Deutschland war



Schuldige noch gesucht
Zentralbankpräsident Bernard

im Brasilienhandel seit eh und je der gebende Teil (Graphik S.10). Auch Kleindeutschland auf westdeutschem Raum kann, bei 45 weiteren Gegenseitigkeitsverträgen ähnlicher Art, nicht im gleichen Umfang, wie es Waren nach Brasilien exportiert, teure brasilianische Landesprodukte einführen.

Trotzdem vereinbarten die Regierungen in Bonn und Rio de Janeiro im Frühjahr dieses Jahres abermals, ihren Import und Export (mit Ziel auf eine weitere beiderseitige Ausdehnung) zunächst im Umfang von 115 Millionen Verrechnungsdollar in der Waage zu halten.

Um im laufenden Warenverkehr elastisch zu bleiben, wurde ein Swing — die Toleranzgrenze bei einseitigem Überschreiten des Kontenstandes — von 13,5 Millionen Verrechnungsdollar festgesetzt.

Bei Überschreiten des Swing kann das Gläubigerland (das also mehr Waren geliefert hat, als es einfuhrte) die Bezahlung der Mehrlieferung in harten US-Dollar verlangen. Als das warenhungrige Brasi-

lien nun im Frühjahr zum erstenmal den Swing-Rubikon überschritt, verzichtete die Bank deutscher Länder doch auf harte Dollar-Vergütung und setzte den Swing auf 33 Millionen Dollar herauf.

Nach kurzer Frist schlugen Lafers Importeure auch über diesen Strang. Dann folgte eine solche Hochflut von brasilianischen Einfuhrkontrakten, daß die Bank deutscher Länder offenbar jede Übersicht verlor und noch jetzt daran addiert. Überschlägig weiß man, daß der Banco do Brasil sein Verrechnungskonto mit 140 bis 150 Millionen Verrechnungsdollar überzogen hat.

Dieses westdeutsche Guthaben ist eine unbeabsichtigte Bundesanleihe an Brasilien, das heute zäh mit der Inflation*) ringt und über 800 Millionen Dollar Auslandsschulden hat. Nach den USA, die jetzt den Lafer-Plan kontrollieren und bestimmen, welche Industrieanlagen gebaut werden sollen, steht die Bundesrepublik an zweiter Stelle auf der langen Gläubigerliste.

Der deutsche Aktivsaldo stieg über alle Swinggrenzen, weil die deutschen Käufe in Brasilien ausblieben. Das Land der großen Kaffeepflanzungen, der unerschlossenen Erzgebiete und Ölfelder ist inzwischen zum teuersten Erzeugerland der Welt geworden.

Die meisten Brasilwaren sind für den westeuropäischen Käufer wegen der staatlichen Reglementierung der Ausfuhrpreise, der hohen Arbeitslöhne (bei geringer Arbeitsproduktivität) und übersteuerten Transportspesen uninteressant. Kein westdeutscher Exporteur fand sich mehr bereit, brasilianische Baumwolle zu kaufen, deren Preis 30 Prozent über dem Weltmarktpegel liegt.

Angesichts dieser Zurückhaltung der Importeure kam den Hütern der westdeutschen Währung im Direktorium der Bank deutscher Länder an Frankfurts Taunusanlage allmählich das Grauen, zumal sich inzwischen herausstellte, daß nach Brasilien noch eine ganze Reihe anderer bilateraler Vertragspartner, wie

- Uruguay
- Argentinien
- Jugoslawien
- Iran

den ihnen gesetzten Swing ebenfalls über Gebühr ausgedehnt haben

Insgesamt belaufen sich die Gutschriften nicht transferierbarer Exporteinnahmen auf etwa 900 Millionen Mark. Ein Beweis dafür, daß die Bundesrepublik gar nicht in der Lage ist, die vertraglich festgelegten Einfuhrquoten ohne Reexportmöglichkeiten in die Ostblockländer zu verkraften. Der kleine westdeutsche Binnenmarkt ist mit ausländischen Produkten übersättigt. Der Einfuhrüberhang drängt nach einem Ventil.

Da blieb den Währungsstrategen in der Bank deutscher Länder an der Frankfurter Taunusanlage nichts anderes übrig, als zuerst einmal mit Brasilien ein ernsthaftes Wort zu reden. Eine westdeutsche Delegation flog im Juli nach Rio, um den Cruzeiroanern auf den lahmen Münzfuß zu treten. Man blieb dabei konziliant und vermied peinlich das Wort Vertragsbruch, aber der peinliche Eindruck blieb:

*) Brasiliens Handelsbilanz wies bereits Anfang des Jahres ein Defizit von 4,9 Mrd. Cruzeiros auf. Es hat sich inzwischen noch vergrößert. Die Zahlungsbilanz, die im Jahre 1951 mit 7 Mrd. Cruzeiros passiv abschloß, geriet völlig aus dem Gleichgewicht. Die Devisenknappheit ist so groß, daß US-Dollar — entgegen dem offiziellen Kurs von 1 Dollar = 18,56 Cr. — für 30 Cr. je Dollar schwarz gehandelt werden.